

Pressedienst Nr. 16515
Dienstag, 25. April 2023

AMA zahlt LE, Direktzahlungen und Stufe 1 Stromkostenzuschuss-Pauschalmodell aus	1
Kartoffelmarkt: Witterungsbedingte Verzögerung der Heurigensaison erwartet	2
Schmuckenschlager: Produktionssicherung muss oberste Priorität haben	3
Bernhuber und Schöberl mit scharfer Kritik an EU-Pflanzenschutzmittelverordnung	4
Kohlfürst: Das Warten auf heimische Erdbeeren zahlt sich aus	5
Heimische Saatgutzüchter sichern Innovationskraft	6
OÖ Bauernbund: EU verkennt Bedeutung der Herkunftskennzeichnung	6

**EINEN TEIL DER AUFLAGE FINANZIERT
DIE NIEDERÖSTERREICHISCHE VERSICHERUNG**



Die Niederösterreichische
Versicherung

AMA zahlt LE, Direktzahlungen und Stufe 1 Stromkostenzuschuss-Pauschalmodell aus

Änderungen bei Auszahlung temporärer Agrardiesel und Rückvergütung CO2-Bepreisung

Wien, 25. April 2023 (aiz.info). - Morgen Mittwoch, den 26. April 2023, erfolgen planmäßig die Zahlungen von rund 140 Mio. Euro für das Österreichische Agrarumweltprogramm ÖPUL 2015, rund 63 Mio. Euro für die Ausgleichszulage in benachteiligten Gebieten und rund 1,5 Mio. Euro für Direktzahlungen. Die Hauptauszahlung für das Österreichische Agrarumweltprogramm (75%), die Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete (75%) und die Direktzahlungen für das Antragsjahr 2022 fanden bereits am 21. Dezember 2022 statt.

Die Zahlungen für das ÖPUL 2015 und die Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete sind im Wesentlichen auf die Restzahlung in Höhe von 25% für das Antragsjahr 2022 zurückzuführen. Darüber hinaus wird auch die Einarbeitung von diversen Korrekturen und Einsprüchen in den Berechnungsergebnissen berücksichtigt. Ebenso erfolgt die Auszahlung der Prämie für die Maßnahme "Begrünung von Ackerflächen - Zwischenfruchtanbau - Sommer/Herbst 2022" im Ausmaß von 75%. Die Auszahlung der restlichen 25% für diese Maßnahme erfolgt voraussichtlich im Dezember.

Stufe 1 Stromkostenzuschuss - Pauschalmodell

"In Summe werden für die Stufe 1 'Pauschalmodell' des Stromkostenzuschusses Landwirtschaft, der nach den flächen- und tierbezogenen Bewirtschaftungseinheiten (Hektar und Großvieheinheiten) berechnet wurde, rund 90,3 Mio. Euro an rund 106.000 Betriebe überwiesen. Die Antragstellung erfolgte automatisch und unbürokratisch über den Mehrfachantrag Flächen", informiert **Günter Griesmayr**, Vorstandsvorsitzender der AMA.

29,2 Mio. Euro für Projektförderung - 3,4 Mio. Euro Waldfonds

Am 26. April 2023 erhalten Betriebe im Rahmen der "Ländlichen Entwicklung - Projektförderung" rund 29,2 Mio. Euro. Ein großer Teil davon betrifft die Maßnahme "Investition in die landwirtschaftliche Erzeugung" mit einer Auszahlungssumme von rund 10,1 Mio. Euro. Weiters werden aus dem Waldfonds 3,4 Mio. Euro ausbezahlt.

Arbeiten im Finanzministerium zur Auszahlung vom temporären Agrardiesel und der Rückvergütung CO2-Bepreisung im Laufen

Aufgrund haushaltsrechtlicher Gründe kann die Auszahlung des temporären Agrardiesels (7 Cent/l) nicht wie ursprünglich vorgesehen über die AMA erfolgen, sondern muss vom Bundesministerium für Finanzen (Zollamt Österreich) durchgeführt werden. Die erforderlichen Arbeiten des Finanzministeriums für die Umstellung laufen, eine mögliche Auszahlung durch das Zollamt Österreich ist im August 2023 geplant.

Aufgrund der Verschiebung des Starts der CO2-Bepreisung in den Oktober 2022 läuft aktuell noch das Notifizierungsverfahren der Rückvergütung für die Land- und Forstwirtschaft durch das

Finanzministerium bei der Europäischen Kommission. Nach Abschluss der Notifizierung soll die Auszahlung voraussichtlich im Herbst/Winter 2023 über die AMA erfolgen.

Mitteilungen und Bescheide

Die Mitteilungen und Bescheide zu den Abrechnungen werden am 5. Mai 2023 versendet. Darin wird einzelbetrieblich genau erläutert, wie sich die jeweiligen Auszahlungsbeträge konkret zusammensetzen und errechnen. Wesentlich ist, dass für allfällige Beschwerden gegen Bescheide oder Einsprüche gegen Mitteilungen die Frist mit der Zustellung zu laufen beginnt. Nähere Informationen zu den Auszahlungsbeträgen können aus den einzelnen Merkblättern der AMA (insbesondere Prämienhöhen oder -auflagen im Detail) entnommen werden.

Informationen unter www.eama.at

Die Auszahlungsbescheide und Mitteilungen sind zwei bis drei Tage nach dem Versand betriebsbezogen auf der Internetseite www.eama.at im Bereich "eArchiv" einsehbar. Ebenso kann im Register "Flächen" der detaillierte ÖPUL 2015-Abrechnungsreport abgerufen beziehungsweise im Register "Kundendaten" der aktuelle Stand des AMA-Förderkontos eingesehen werden.

Zusätzlich bietet die Agrarmarkt Austria die Telefonhotline: 050 315199 an, darüber hinaus stehen auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landwirtschaftskammern für Auskünfte gerne zur Verfügung. (Schluss)

Kartoffelmarkt: Witterungsbedingte Verzögerung der Heurigsaison erwartet

Erzeugerpreise eine weitere Woche fortgeschrieben

Wien, 25. April 2023 (aiz.info). - Der österreichische Speisekartoffelmarkt zeigt sich von seiner ausgeglichenen Seite. Viele Landwirte haben mittlerweile ihre Lager schon geräumt und freie Ware ist damit kaum mehr am Markt verfügbar. Es ist aus heutiger Sicht zwar davon auszugehen, dass sich der Start der heimischen Heurigsaison witterungsbedingt etwas verzögern dürfte, dennoch sollten die noch vorhandenen Vorräte bei den Händlern für einen nahtlosen Übergang zur neuen Ernte reichen, zumal es auf der Absatzseite an neuen Impulse fehlt. Vom Lebensmitteleinzelhandel wird von einem ruhigen aber stetigen Bedarfsgeschäft berichtet und auch Exporte sind weiterhin kaum ein Thema. Bei den Erzeugerpreisen kam es somit zu keinen Änderungen. In Niederösterreich wurde zu Wochenbeginn für Speisekartoffeln meist 30 bis 32 Euro/100 kg bezahlt. Für Partien mit überdurchschnittlich hohen Absortierungen liegen die Preise auch darunter. Aus Oberösterreich wurden ebenfalls unveränderte Preise von bis zu 32 Euro/100 kg gemeldet.

Am deutschen Speisekartoffelmarkt hat sich die Nachfrage nach den Osterfeiertagen traditionell wieder beruhigt. Zuletzt wurde von einem meist ruhigen aber stetigen Inlandsgeschäft berichtet. Demgegenüber steht ein Angebot, das zwar ausreichend ist, aber auch keinen Druck am Markt verursacht. Nach der Meinung vieler Markteteiligter dürften diese ausgeglichenen Marktverhältnisse wohl bis zum Ende der Saison andauern. Bei den Erzeugerpreisen gab es entsprechend keine wesentlichen Änderungen zur Vorwoche. Lediglich für Partien mit Qualitätsbeeinträchtigungen wurden weitere Abzüge vorgenommen. Auf der anderen Seite konnten für Top-Ware Aufschläge

erzielt werden. Zu Wochenbeginn lagen die Preise für Speiseware im Bundesdurchschnitt bei meist 28 bis 30 Euro/100 kg. Importierte Frühkartoffeln aus dem Mittelmeerraum haben in Deutschland derzeit noch eine recht geringe Bedeutung. Die Preise für Importware aus Ägypten und Israel lagen zuletzt bei 70 Euro/100 kg franko. (Schluss)

Schmuckenschlager: Produktionssicherung muss oberste Priorität haben

Praxistaugliche Lösungen hinsichtlich Pflanzenschutz und Bewässerung nötig

St. Pölten, 25. April 2023 (aiz.info). - Am Montag, 24. April, tagte die Vollversammlung der Landwirtschaftskammer NÖ in St. Pölten. Themen waren unter anderem die Produktionssicherung im Hinblick auf Pflanzenschutz und Bewässerungsmöglichkeiten, die Kontrolle der Herkunftskennzeichnung sowie der notwendige Netzausbau für Photovoltaikanlagen. Weiters wurde Waltraud Ungersböck aus Scheiblingkirchen-Thernberg, Bezirk Neunkirchen, als neue Landeskammerrätin angelobt.

"Die Versorgungssicherheit wird mittlerweile als wesentlicher Wert angesehen. Daher ist es umso wichtiger, dass der Produktionssicherung in der Land- und Forstwirtschaft oberste Priorität eingeräumt wird. Nur so kann die Versorgung mit leistbaren, qualitativ hochwertigen Lebensmitteln und nachhaltigen Rohstoffen sichergestellt werden", erklärt **Johannes Schmuckenschlager**, Präsident der Landwirtschaftskammer NÖ. Dafür bedarf es verschiedener Rahmenbedingungen und Maßnahmen. Dazu zählen etwa praxistaugliche Lösungen im Hinblick auf Pflanzenschutzmittel und die Verfügbarkeit von Bewässerungsmöglichkeiten.

Pflanzenschutz und Bewässerung sind zentrale Elemente

Zur Schließung von Zulassungslücken oder zur Regulierung anderwärtiger nicht behandelbarer Schaderreger müssen auch in Zukunft Notfallzulassungen möglich sein. Als aktuelles Beispiel sei hier die Zuckerrübe genannt. Durch das Verbot der Neonicotinoid-Saatgutbeize fehlt für den Rübenanbau 2023 ein wichtiges Mittel zur Bekämpfung des Rübenderbrüsslers. Die Erhaltung der aktuellen Rübenanbaufläche wird damit massiv erschwert. Ebenso fordert die Landwirtschaftskammer NÖ hinsichtlich der geplanten Reduktion von Pflanzenschutzmitteln, überbordenden Dokumentationsverpflichtungen oder dem generellen Verbot von Pflanzenschutzmitteln in "empfindlichen Gebieten" eine Abänderung des EU-Verordnungsentwurfs zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln ("Sustainable Use Regulation" = SUR). Von entscheidender Bedeutung ist zudem der Ausbau der Bewässerungsinfrastruktur. "Die Versorgung mit ausreichend Wasser ist die Basis für die zukünftige Entwicklung ganzer Regionen - und zwar weit über die Landwirtschaft hinaus", so Schmuckenschlager.

Umsetzung der Herkunftskennzeichnung überprüfen

Mit der Lückenschlussverordnung und der ab 1. September geltenden Herkunftskennzeichnung in der Gemeinschaftsverpflegung ist ein wichtiger Schritt gelungen. Schmuckenschlager betont: "Wenn wir den Anteil an österreichischen Lebensmitteln in den Großküchen um 10 Prozent erhöhen, werden dadurch 500 landwirtschaftliche Betriebe abgesichert. Das zeigt, welch großes Potential hier liegt und wie wichtig dieser erste Schritt war." Eine Kontrolle, die bisher jedoch versage, ist jene im

Supermarktregal - es müsse auch die tatsächliche Umsetzung der Herkunftskennzeichnung und die richtige Auslobung der Produkte überprüft werden.

Photovoltaik: Netzausbau forcieren und Netzzugang erleichtern

Nur ein Zusammenspiel aller verfügbaren Energiequellen der Erneuerbaren kann uns die Versorgungssicherheit bringen, die wir benötigen - in Österreich und Europa. Der ambitionierte Ausbau von Photovoltaikanlagen ist ein relevanter Teil der Lösung. Insbesondere Photovoltaikanlagen auf Dachflächen haben bei land- und forstwirtschaftlichen Betrieben großes Potential, scheitern in der Umsetzung aber oft an den Netzzugangsregelungen und den damit verbundenen Kosten, insbesondere bei größeren Anlagen. "Wichtig sind vor allem ein leichter Netzzugang sowie faire und transparente Netzanschlussoptionen und Netzzugangskosten. Nur dann können wir die vorhandenen Potentiale auf land- und forstwirtschaftlichen Betrieben bestmöglich nutzen", sagt Schmuckenschlager.

Waltraud Ungersböck ist neue Landeskammerrätin

Waltraud Ungersböck aus Scheiblingkirchen-Thernberg, Bezirk Neunkirchen, wurde als neue Landeskammerrätin angelobt. Sie folgt damit Viktoria Hutter nach, die in den Bundesrat gewechselt ist.

Über die Vollversammlung der NÖ Landes-Landwirtschaftskammer

Die Vollversammlung ist das höchste Entscheidungsgremium der Vertretung der Landwirtschaft in Niederösterreich. Sie besteht aus 40 Mitgliedern, die gleichzeitig als Landeskammerräte Funktionen ausüben. Die Vollversammlung dient der Beratung und Beschlussfassung aller Angelegenheiten der NÖ Landes-Landwirtschaftskammer, soweit nicht der Hauptausschuss oder der Präsident zuständig sind.

Weitere Themen entnehmen Sie bitte der Resolution auf aiz.info. (Schluss) APA OTS
2023-04-25/11:15

Bernhuber und Schöberl mit scharfer Kritik an EU-Pflanzenschutzmittelverordnung

EU-Gesetze müssen die Lebensmittelversorgung gewährleisten

Brüssel, 25. April 2023 (aiz.info). - Die von der EU-Kommission vorgeschlagene Reduktion des Pflanzenschutzmitteleinsatzes hätte drastische Auswirkungen auf den Zuckerrübenanbau in Österreich und die Verlagerung der Produktion in Drittstaaten zur Folge, warnen der EU-Abgeordnete **Alexander Bernhuber** und der Direktor der Österreichischen Rübenbauernorganisationen, **Markus Schöberl**, anlässlich einer Stakeholder-Veranstaltung zum Thema. "Damit würde uns die EU-Kommission in eine Abhängigkeit von Zucker-Importen aus Übersee stürzen." Gemeinsam fordern sie von der EU-Kommission eine praxistaugliche Landwirtschaftspolitik, bei der sämtliche EU-Gesetze die Versorgungssicherheit der Bevölkerung priorisieren.

In der EU werden auf rund 1,7 Mio. ha Zuckerrüben angebaut. Laut Bernhuber und Schöberl könnte die Produktion auf diesen Flächen unmöglich gemacht werden. Bernhuber, Chefverhandler der EVP für das EU-Pflanzenschutzmittelgesetz, sagt dazu: "Die Vorschläge von der EU-Kommission und die noch strengeren Ideen der Grünen EU-Abgeordneten Sarah Wiener, die auf eine Aufgabe der heimischen Produktion hinauslaufen, sind weder aus wirtschaftlicher noch aus ökologischer Sicht zielführend. Wenn wir die Zuckerproduktion in Europa unter dem Deckmantel des Klimaschutzes aufgeben, geht mit der heimischen Zuckerrübenindustrie ein wesentlicher Wirtschaftszweig verloren. Die unausweichliche Abhängigkeit, zum Beispiel von Rohrzucker aus Brasilien, widerspricht klar den Klimaschutzambitionen der EU."

Schöberl erläutert ein Beispiel aus der österreichischen Biorübenproduktion: "Die Verletzlichkeit der Zuckerrüben wird besonders im Insektizid-Bereich deutlich. Bereits jetzt erleiden wir bei Bio-Rüben jährliche Flächenverluste zwischen 15 und 70%. Eine verlässliche Rohstoffversorgung ohne Pflanzenschutz ist daher schwierig, was die Wirtschaftlichkeit der Verarbeitungsindustrie gefährdet", skizziert der Direktor. "Wenn nun der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln noch mehr und drastisch reduziert wird, würde die Zuckerrübenproduktion in Europa unmöglich werden. Politische Entscheidungsträger müssen sich an der Wissenschaft orientieren und praxistaugliche Lösungen präsentieren. Die Versorgung mit Zucker und Bioethanol darf nicht nach Drittstaaten verlagert werden", so Schöberl abschließend. (Schluss)

Kohlfürst: Das Warten auf heimische Erdbeeren zahlt sich aus

Importware mit schlechter Klimabilanz

Wien, 25. April 2023 (aiz.info). - Voraussichtlich Anfang Juni startet in Österreich die Erdbeersaison im Freiland. Günstige Importware aus südeuropäischen Ländern ist hierzulande allerdings bereits seit Wochen in den Verkaufsregalen verfügbar. Wasserknappheit, lange Transportwege, schlechtere Arbeitsbedingungen und Pestizidbelastungen sorgen jedoch für große Probleme in den Anbauländern.

Der Branchenverband für Obst und Gemüse (ÖBOG) weist daher darauf hin, beim Erdbeerkauf regionaler Qualität den Vorzug zu geben. "Erdbeeren sind nicht nur äußerst schmackhaft, sondern auch sehr gesund und kalorienarm. Mit dem Griff zu saisonaler, heimischer Freilandproduktion unterstützen Sie Ihre Gesundheit und schützen auch das Klima!", erklärt ÖBOG-Obmann **Manfred Kohlfürst**

Auf ca. 1.200 ha produzieren die heimischen Erdbeerbäuerinnen und -bauern verschiedene Sorten überwiegend im Freiland. Für eine gute Umweltbilanz der österreichischen Erdbeere sorgt die ressourcen- und wassersparende Produktion. Dazu kommen die kurzen Transportwege und auch die Einhaltung der hohen Sozialstandards der Erntehelfer:innen. (Schluss)

Heimische Saatgutzüchter sichern Innovationskraft

Gohn: Kauf von zertifiziertem Saatgut dafür unerlässlich

Wien, 25. April 2023 (aiz.info). - Anlässlich des morgigen (26. April) Welttages des geistigen Eigentums verweist der Obmann von Saatgut Austria, **Michael Gohn**, auf die herausragenden Leistungen der heimischen Pflanzenzüchter. Deren Einsatz bringt standortangepasste, klimafitte und gesunde Sorten und damit höhere Erträge, eine bessere Qualität der Ernteprodukte und die ausreichende Versorgung mit hochwertigen regionalen Lebensmitteln. Diese anspruchsvolle und kostenintensive Arbeit müsse durch den Kauf von zertifiziertem (Z) Saatgut durch die Bäuerinnen und Bauern abgegolten werden, damit die züchterische Innovationskraft erhalten bleibe, fordert Gohn. Dazu zählen vor allem die kleinen, regional verankerten Züchter, die auch die Züchtung von flächenmäßig weniger bedeutsamen Kulturen vorantreiben.

Mit dem Kauf von Z-Saatgut unterstützen die Landwirte auch den Umweltschutz, da neue und innovative Sorten dazu beitragen, dass die Erträge hoch bleiben, weniger Flächen für die landwirtschaftliche Produktion benötigt, Naturräume erhalten und wertvolle Ressourcen geschont werden. Ein weiterer Nutzen sind Toleranzen gegen abiotischen Stress und Resistenzen gegen Schaderreger, die einen Beitrag dazu leisten, den Betriebsmitteleinsatz zu reduzieren. Das sind wesentliche Ziele des Green Deals der EU-Kommission. Aufgrund des hohen Nutzens und der vielfältigen Leistungen, die in die Züchtung einfließen, unterliegen Sorten auch dem Sortenschutz als Schutzrecht.

Auch in der Züchtung von Soja machten österreichische Züchter in den letzten Jahren große Fortschritte. Steigende Düngerpreise und hohe Erzeugerpreise wirken sich zudem positiv auf den Anbau von Sojabohnen aus. Dazu verweist Gohn jedoch auf das Verbot des Nachbaus von geschützten Sojasorten in Europa: "In der Verordnung über den Gemeinsamen Sortenschutz aus 1994 gibt es eine Liste, die alle nachbaufähigen Kulturen enthält. Soja wurde nicht in diese Liste aufgenommen. Daher ist Soja vom Nachbauprivileg ausgenommen und der Nachbau geschützter Sorten in Europa verboten." (Schluss)

OÖ Bauernbund: EU erkennt Bedeutung der Herkunftskennzeichnung

Regionalität und sichere Versorgungsketten müssten Priorität haben

Linz, 25. April 2023 (aiz.info). - Mit 1. September 2023 tritt die verpflichtende Kennzeichnung der Herkunft von Eiern, Milch und Fleisch in Großküchen und Kantinen in Kraft. Damit werden 2,2 Mio. Essensportionen pro Tag entsprechend gekennzeichnet. Der Oberösterreichische Bauernbund wertet dies als "ersten Teilerfolg für mehr Regionalität auf dem Teller", sieht aber insbesondere die EU gefordert, ihre Prioritäten in Richtung Regionalität richtig zu setzen.

"86% der heimischen Bevölkerung wollen wissen, woher ihre Lebensmittel kommen. Unsere Bäuerinnen und Bauern können von einer klaren Kennzeichnung nur profitieren", betonen Bauernbund-Landesobfrau Landesrätin **Michaela Langer-Weninger** und Bauernbunddirektor **Wolfgang Wallner**. "Weitere Schritte u.a. bei verarbeiteten Lebensmitteln hin zu einer umfassenden Herkunftskennzeichnung müssen folgen." Gerade aber von der EU erwartet sich Oberösterreichs Agrarspitze etwas mehr Enthusiasmus für Regionalität.

"Die EU will nachhaltiger, klimaneutral und unabhängiger werden - Regionalität und sichere Versorgungsketten müssten daher für sie Priorität haben. Warum das Thema Herkunftskennzeichnung bislang so stiefmütterlich behandelt wird, entzieht sich meiner Logik", zeigt sich Langer-Weninger verärgert. Sie appelliert: "Wir müssen in Europa nun die richtigen Prioritäten und Entscheidungen treffen!"

Europa schwächelt

Das EU-Parlament verabschiedete am 6. Juli 2011 die Lebensmittelinformations-Verordnung, die sicherstellt, dass Verbraucher beim Lebensmittelkauf umfassend informiert werden. Die Verordnung gilt seit Ende 2014 verbindlich in allen Mitgliedstaaten. Die EU-Kommission hat zudem bis Ende 2022 einen Vorschlag zur Herkunftskennzeichnung angekündigt. Dieser steht immer noch aus. "Wir werden nicht müde, hier Klarheit einzufordern", ärgert sich Wallner: "Bei anderen Themen, speziell Restriktionen in der Landwirtschaft, scheint es die EU oft eiliger zu haben."

Gastronomie - Oberösterreich führend

Die Herkunftskennzeichnung in der Gastronomie ist seit Jahren ein intensiv diskutiertes Thema. "In Oberösterreich reden wir aber miteinander, nicht übereinander", stellt Wallner klar. Denn die offenen Punkte sind gemeinsam zu verhandeln und der Konsumentenwille bestmöglich umzusetzen. "Wir haben in Österreich bereits zahlreiche AMA-Gütesiegel-Wirte, in Oberösterreich zusätzlich über 150 Genusslandwirte und viele andere Initiativen der Gastronomie - wie zum Beispiel die Kulti-Wirte", so Wallner. "Durch diese Initiativen ist es jetzt schon allen Bürgerinnen und Bürgern möglich, ihr Essen aus einer gekennzeichneten Speisekarte zu bestellen", fordert Wallner die Konsumenten auf, diese Gastronomiebetriebe bevorzugt zu besuchen. Zudem hat der Oberösterreichische Bauernbund bereits in mehreren Landwirtschaftskammer-Resolutionen eine Herkunftskennzeichnung in der Gastronomie gefordert.

In vielen Bereichen der Herkunftskennzeichnung ist Oberösterreich Vorreiter. In den anderen EU-Ländern ist eine Kennzeichnung meist nicht vorhanden bzw. wird sie auch nicht diskutiert. "Auf einer einheitlichen, europäischen Basis kann jedes Land aufbauen und seine eigenen Schwerpunkte definieren", fordert der Bauernbunddirektor mehr europäisches Engagement ein. (Schluss)